
1254/A(E) XXIV. GP

Eingebracht am 25.08.2010

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Ing. Hofer
und weiterer Abgeordneter

betreffend E-Tankstelle im Bereich des Parlaments

Elektromobilität ist die große Hoffnung für die Zukunft, kaum ein Thema beeinflusst derzeit die Autoindustrie mehr. Fahrzeuge mit Elektroantrieb bieten ein großes Potenzial zur Verringerung der Umweltbelastung und zur Reduktion der Kosten für Mobilität. Derzeit fehlt aber vielfach die notwendige Infrastruktur, um diese Fahrzeuge aufzuladen.

Wie sich die Elektromobilität in Zukunft tatsächlich entwickelt, hängt aber insbesondere von der Lade-Infrastruktur zusammen. Nur eine größere Zahl von Ladestationen wird es Besitzern von Elektrofahrzeugen ermöglichen, sich auch über weitere Entfernungen und abseits ihres Heimatortes zu bewegen. Das österreichweite Netz an E-Tankstellen wächst stetig, ein sehr wichtiger Punkt, da ein ausreichendes Angebot von Energiespeichern für die Zukunft der Elektromobilität von enormer Bedeutung ist.

Derzeit fehlen noch dringend benötigte E-Tankstellen, insbesondere in der Innenstadt von Wien; hier mangelt es sowohl an Ladestationen für zweirädrige als auch für vierrädrige E-Fahrzeugen. Gänzlich fehlt derzeit in der gesamten Innenstadt Wiens eine Möglichkeit zum Schnellladen.

Aufgrund seiner Lage und den Gegebenheiten wie beispielsweise der Photovoltaik-Anlage am Dach des Parlaments wäre das Parlament ein geeigneter Standort für eine solche Elektroladestation.

Die Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Energieversorgung ist bei der Förderung und Stärkung der Elektromobilität unerlässlich. Als Zeichen für eine CO₂-freie Mobilität, als Symbol für Klimaschutz und als Zeichen der Wichtigkeit dieses Anliegens stellen die unterfertigten Abgeordneten daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Land und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, der Bundesminister für Wirtschaft,

Familie und Jugend sowie die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie werden ersucht, die Errichtung von Elektroladestationen zu unterstützen und fördern und insbesondere in Zusammenarbeit mit der Präsidentin des Nationalrates die Errichtung einer Elektroladestation mit den derzeit gängigen Stecksystemen im Bereich des Parlaments sicherzustellen.“

In formeller Hinsicht wird um die Zuweisung an den Umweltausschuss ersucht.